

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung und Gang der Untersuchung	21
B. Zeitbedürfnisse in der Gesellschaft und soziologische Zugänge	29
I. Einleitender Überblick zu Zeitbedürfnissen in der Gesellschaft und ihrer rechtlichen Relevanz	29
II. Erwerbsarbeitszeit	34
1. Eigenständiger Wert von Erwerbsarbeitszeit seit der Industrialisierung	34
2. Maxime effizienter Zeitznutzung	36
3. Priorisierung der Arbeitszeit gegenüber anderer Zeitznutzungen	37
III. Care-Arbeitszeit	40
1. Zeitbedürfnisse der privaten Sphäre	40
2. Begriff der Care-Arbeit	42
3. Konflikt von Erwerbs- und Care-Arbeitszeit	44
IV. Strukturelle Steigerungen des Zeitmangels	48
1. Digitale Beschleunigung als Quelle von Zeitnot	48
2. Zeitmangel und Autonomieverlust in der Spätmoderne	49
3. Umgang mit Gleichzeitigkeit am Beispiel der Arbeit 4.0	52
V. Qualitative Dimensionen der Verfügbarkeit von Zeit	54
1. Kollektive Zeitrhythmen strukturieren individuelle Zeitverwendung	54
2. Zeitsouveränität und Zeitwohlstand	55
3. Zeitpolitik für mehr Zeitwohlstand	57
VI. Soziologische Ansätze zur Erfassung von Zeitbedürfnissen	59
1. Zeitbudget-Studien	59
2. Quantitative Erfassung frei verfügbarer Zeit	60
3. Qualitative Beschreibung von Zeitbedürfnissen	65
C. Zeit im Recht	67
I. Einleitender Überblick aus Sicht der Rechts- und Nachbarwissenschaften	67

II. Zeit als Ordnungssystem	72
1. Plurale Zeitverständnisse im Recht	72
a) Zeit als Ordnungssystem	72
b) Geschichtliche Zeit	73
c) Eigenzeitlichkeit des Rechts	73
2. Zeit als Ordnungssystem in angrenzenden Wissenschaften	75
a) Zeit in der Physik	75
b) <i>Aristotelisches</i> Zeitverständnis	77
c) Unterscheidung der A- und B-Linien bei <i>McTaggart</i>	78
d) Die Entwicklung des gregorianischen Kalenders und der Mitteleuropäischen Zeit	79
aa) Gregorianischer Kalender	79
bb) Mitteleuropäische Zeit	81
e) Soziale Zeit	82
aa) Kalendarische Zeit als „leere“ Zeit bei <i>Sorokin</i> und <i>Merton</i>	82
bb) Soziologische Theorien der Zeit insbesondere bei <i>Luhmann</i>	84
3. Zeit als Ordnungssystem im Recht	85
a) Bezug des Rechts auf Kalender und Uhrzeit	85
b) Gesetzliche Grundlage der Uhrzeit	86
c) Gesetzliche Grundlage des Kalenders	88
III. Zeit als Ressource	89
1. Ressource – Herleitung, Bedeutung und bisherige Verwendung des Begriffs	90
a) Verwendung des Begriffs „Ressource“ in Rechts- und Nachbarwissenschaften	91
b) Funktionale Definition: Ressource als Mittel zum Zweck	94
c) Begriffsgeschichte von Ressource	95
d) Ressourcenverständnis am Beispiel versiegender natürlicher Ressourcen	96
e) Ressourcen als personenbezogene Voraussetzungen eines gelingenden Lebens	97
f) Übertragung bisheriger Erwägungen auf Zeit	98

2. Beispiele für Zeit als Ressource im geltenden Recht	100
a) Verfassungsrechtlicher Sonn- und Feiertagsschutz in Art. 139 WRV i. V. m. Art. 140 GG	100
b) Anspruch auf Kinderbetreuung in § 24 SGB VIII	105
3. Eigenschaften von Zeit als Ressource	108
a) Endlichkeit der Ressource Zeit	108
b) Nicht-Akkumulierbarkeit der Ressource Zeit	110
c) Unübertragbarkeit von Zeit als Ressource	111
d) (Ökonomische) Knappheit der Ressource Zeit	113
4. Enges Zeitverständnis im Schadensersatzrecht und weites Zeitverständnis im Öffentlichen Recht	115
a) Enges, ökonomisch geprägtes Verständnis von Zeit als Tauschwert im Schadensersatzrecht	116
b) Kritikpunkte an einem ökonomischen Zeitverständnis im Recht	119
c) Weites Verständnis von Zeit als Ressource als Grundlage weiterer Untersuchungen	120
5. Grundformen rechtlicher Gestaltung von Zeit als Ressource	121
a) Vorüberlegung	121
b) Schutz von Zeit als Ressource	122
c) Pflicht zur Verwendung von Zeit als Ressource	122
aa) Grundüberlegung zum Entzug von Zeit	122
bb) Berücksichtigung der Pflicht zur Verwendung von Zeit als Ressource im JVEG	123
cc) Qualitativ verschiedene Wirkung kurz- und langfristiger Pflichten zur Verwendung von Zeit	124
d) Entwertung von Zeit als Ressource	125
aa) Grundüberlegung	125
bb) Qualitativ verschiedene Wirkung kurz- und langfristiger Freiheitsbeschränkungen	126
cc) Entwertung von Zeit als Ressource durch Wartezeiten	128

D. Verfassungsrechtlicher Schutz von Zeit als Ressource	131
I. Vorüberlegungen zum verfassungsrechtlichen Schutz von Zeit als Ressource	134
1. Verfassungsrechtlicher Schutz der Ressource Zeit im Sonn- und Feiertagsschutz	134
a) Historische Entwicklung des Sonn- und Feiertagsschutzes	135
b) Rechtliche Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes	136
aa) Einordnung des Sonn- und Feiertagsschutzes als institutionelle Garantie	136
bb) Entwicklung vom objektiven zum (auch) subjektiven Schutzgehalt	138
c) Negative und positive Wirkung des Sonn- und Feiertagsschutzes	140
aa) Negative Wirkung des Sonn- und Feiertagsschutzes	140
bb) Positive Wirkung: Gestaltung der Sonn- und Feiertagskultur	141
d) Ungleiche Wirkung des verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutzes	143
e) Zwischenergebnis	146
2. Zeit als Voraussetzung von Freiheit	146
a) Zeit als Voraussetzung negativer beziehungsweise positiver Freiheit i. S. v. <i>Berlin</i>	146
b) Zeit als Voraussetzung von Freiheit beziehungsweise Autonomie	148
3. Abwehrrechtliche Betrachtung der Ressource Zeit	152
II. Schutz von Zeit als Ressource durch die allgemeine Handlungsfreiheit	154
1. Anknüpfung an Art. 2 Abs. 1 GG	154
2. Historische Wurzeln der allgemeinen Handlungsfreiheit	157
a) Persönlichkeitskerntheorie als mögliche enge Auslegung	157
b) Entscheidung für umfassende Auslegung im <i>Elfes-Urteil</i>	159

3. Schutzbereichsumfang der allgemeinen Handlungsfreiheit	161
a) Bestätigung der umfassenden Auslegung im <i>Reiten-Im-Walde</i> -Beschluss	161
b) Vom Schutzbereich umfasste Formen menschlichen Handelns	164
c) Fazit: Allgemeine Handlungsfreiheit als „allgemeines Freiheitsrecht“	165
4. Zeit als Ressource im Schutzbereich der allgemeinen Handlungsfreiheit	167
a) Zeit als positive Voraussetzung des von der allgemeinen Handlungsfreiheit geschützten Verhaltens	167
b) Zeit als Gegenstand des negativen abwehrrechtlichen Freiheitsschutzes	168
5. Eingriffe in die allgemeine Handlungsfreiheit durch negatives Einwirken auf Zeit als Ressource	171
a) Eingriffsbegriff und mögliche Modifikationen in Bezug auf die allgemeine Handlungsfreiheit	171
aa) Eingriffsbegriff	171
bb) Mögliche Einschränkungen des Eingriffsbegriffs bei der allgemeinen Handlungsfreiheit	173
cc) Überschreiten einer Erheblichkeitsschwelle	176
b) Eingriffsformen durch Einwirken auf Zeit	179
aa) Entzug der Ressource Zeit als Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit	179
(1) Eingriff nach dem modernen Eingriffsbegriff durch Entzug der Ressource Zeit	179
(2) Finalität zeitbezogener Eingriffe	180
(3) Eingriff bei unbestimmter zeitlicher Betroffenheit	181
(4) Überschreiten einer zeitlichen Erheblichkeitsschwelle	182
(5) Intensität eines Eingriffs durch Entzug der Ressource Zeit	183

bb) Entwertung der Ressource Zeit als Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit	184
(1) Eingriffsbeispiele: Freiheitsstrafen und überlange Verfahrensdauern	185
(2) Verhältnis zu Eingriffen in speziellere Grundrechte	185
(3) Überschreiten einer zeitlichen Erheblichkeitsschwelle	186
6. Rechtfertigung von zeitbezogenen Eingriffen in die allgemeine Handlungsfreiheit	188
a) Schrankentrias	188
b) Verhältnismäßigkeit zeitbezogener Eingriffe	189
aa) Legitimer Zweck und Geeignetheit zeitbezogener Eingriffe	190
bb) Erforderlichkeit: Möglichkeit weniger zeitintensiver Eingriffe?	190
cc) Mögliche Maßstäbe zur Beurteilung der Angemessenheit	191
dd) Subjektiver oder objektiver Beurteilungsmaßstab	193
7. Fazit und Ausblick auf gleichheitsrechtliche Erwägungen	194
a) Recht auf Rechtfertigung zeitbezogener Eingriffe	194
b) Ausblick auf gleichheitsrechtliche Erwägungen	195
III. Schutz von Zeit als Ressource durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht	196
1. Historische Entwicklung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	199
a) Zivilrechtliche Anfänge	199
b) Weiterentwicklung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	200
2. Schutz von Zeit als Ressource im Rahmen bisheriger Fallgruppen	201
a) Vorüberlegung zum Schutz von Zeit als Ressource im Rahmen der Fallgruppen	201
b) Gefährdungsspezifische Entwicklung der Fallgruppen	202
c) Kategorisierungen der Fallgruppen	203

3. Schutz der Persönlichkeitsentfaltung als Prozess	205
a) Einheitliches Schutzkonzept des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	206
aa) Lückenschließende Funktion des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	206
bb) Konturen des einheitlichen Schutzes	207
b) Relationale Autonomie als Regelungsgegenstand des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	209
aa) Ausgangspunkt: Gemeinschaftsbezogenes und gemeinschaftsgebundenes Individuum	209
bb) Abgrenzung zum liberalen Freiheitsverständnis der allgemeinen Handlungsfreiheit	211
cc) Allgemeines Persönlichkeitsrecht als Entwicklung der Spätmoderne	212
c) Konstruktion des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	213
aa) Allgemeines Persönlichkeitsrecht als Kombinationsgrundrecht	213
bb) Anknüpfung an Art. 2 Abs. 1 GG als Konkretisierung der Menschenwürdegarantie	215
(1) Weitgehender Begründungsverzicht des Bundesverfassungsgerichts	215
(2) Art. 2 Abs. 1 GG als zentrale Norm des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	216
(3) Allgemeines Persönlichkeitsrecht als Konkretisierung der Menschenwürdegarantie	217
cc) Gegenansicht: Alleinige Anknüpfung an Art. 2 Abs. 1 GG	220
d) Ergänzende Orientierung am Wortlaut des Art. 2 Abs. 1 GG	221
aa) „Persönlichkeit“ als transzendentes Verständnis von Individualität	222
bb) „Entfaltung“ als Prozess mit statischem Ausgangspunkt	223
cc) „Frei“ als negative Freiheit von äußeren Einflüssen	224

dd) Zwischenergebnis zum Wortlaut des Art. 2 Abs. 1 GG	224
e) Dynamische und interaktive Persönlichkeitsentfaltung	225
aa) <i>Niklas Luhmann</i> : Konstitution der Persönlichkeit in der Selbstdarstellung	226
bb) <i>Dieter Suhr</i> : Entfaltung des einen durch den anderen sowie durch sich selbst	228
cc) <i>Gabriele Britz</i> : Selbstdarstellung und Selbstreflexivität	230
f) Zwischenergebnis zum Schutz der Persönlichkeitsentfaltung als Prozess	233
4. Schutz von Zeit als Ressource im Rahmen des Schutzes der Persönlichkeitsentfaltung als Prozess	235
a) Verhältnis des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zur allgemeinen Handlungsfreiheit	236
aa) Argumente für einen einheitlichen Schutz aus Art. 2 Abs. 1 GG	236
bb) Mögliche Unterscheidung von Handlungsautonomie und personaler Autonomie	237
b) Zeit als Ressource als positive Voraussetzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	239
c) Schutz vor langfristigen negativen Einwirkungen auf die Ressource Zeit	240
5. Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht durch negatives Einwirken auf die Ressource Zeit	241
a) Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	241
b) Eingriffsformen durch Einwirken auf Zeit	242
aa) Entzug von Zeit als Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	242
bb) Entwertung von Zeit als Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	243
6. Rechtfertigung zeitbezogener Eingriffen in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	245
a) Schranken des allgemeinen Persönlichkeitsrechts: Sphärentheorie	245
b) Verhältnismäßigkeit zeitbezogener Eingriffe	249

7. Fazit und Ausblick auf Schutzpflichten	251
a) Schutz der Persönlichkeitsentfaltung als zeitabhängiger Prozess	251
b) Zeitbezogene Schutzpflichten	252
aa) Anforderungen an Schutzpflichten	252
bb) Schutz der Ressource Zeit in Arbeitsverhältnissen	254
IV. Zeitliches Existenzminimum	255
1. Herleitung eines zeitlichen Existenzminimums	257
a) Verhältnis von zeitbezogenen Schutzpflichten zum zeitlichen Existenzminimum	257
b) Gewährleistung physischer Existenz und sozialer Teilhabe durch das Existenzminimum	259
c) Berücksichtigung nicht-ökonomischer Ressourcen am Beispiel des <i>Klimaschutzbeschlusses</i>	262
d) Berücksichtigung der Ressource Zeit im Rahmen des Existenzminimums	263
aa) Zeit für Gewährleistung sozialer Teilhabe	263
bb) Zeit für Gewährleistung politischer Teilhabe	265
cc) Zeit für die Gewährleistung physischer Existenz	267
2. Gewährleistungsumfang eines zeitlichen Existenzminimums	268
a) Typisierter beziehungsweise individueller faktischer Bedarf	268
b) Quantifizierung des Mindestzeitbedarfs für soziale Teilhabe	269
3. Sicherung verfügbarer Zeit durch einfaches Recht	271
a) Begrenzung und Gestaltung von Erwerbsarbeitszeit	272
aa) (Negative) Begrenzung durch Höchstarbeits- und Mindestruhezeiten	272
(1) Gesetzliche Definitionen von Arbeitszeit	272
(a) Arbeitsschutzrechtlicher Arbeitszeitbegriff und weitere Arbeitszeitbegriffe	272
(b) Abgrenzung von Arbeits- und Ruhezeit im Arbeitszeitrecht	274
(2) Begrenzung von Arbeitszeiten durch autonom gesetztes Recht	277

(3) Begrenzung von Arbeitszeiten durch staatliches Recht	278
(4) Beispiele aus der Rechtsprechung bei Grenzüberschreitung (Überstunden)	280
bb) (Positive) Gestaltung von Erwerbsarbeitszeit	282
(1) Erwerbsarbeit als zwingende Voraussetzung sozialer Sicherung	282
(2) Normalarbeitsverhältnis: kontinuierliche Arbeit in Vollzeit	284
(a) Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses	284
(b) Zeitlicher Umfang des Normalarbeitsverhältnisses: Vollzeit	286
(c) Teilzeit als Abweichung	288
(3) Ambivalenz von Arbeitszeitflexibilisierungsvorschriften	290
b) Nur punktuelle rechtliche Gestaltung von Care-Arbeitszeit	295
aa) Zuordnung von Care-Arbeitszeit zur privaten Sphäre	295
(1) Care-Arbeit als grundsätzlich private Verpflichtung	296
(a) Care-Arbeit ist staatlicher Regulierung weitgehend entzogen	296
(b) Unmittelbare Absicherung von Care-Arbeit	298
(c) Mittelbare Absicherung von Care-Arbeit	299
(2) Vereinbarkeit durch asymmetrische Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit	301
(a) Ehemals explizite Aufgabenzuteilung nach Geschlecht	302
(b) Asymmetrische Aufgabenverteilung im Recht	303

(c) Steuerrechtliche Ermöglichung asymmetrischer Aufgabenverteilung	305
bb) Umverteilung von Care-Arbeitszeit durch Anspruch auf Kinderbetreuung	307
(1) Zeitlicher Umfang der Betreuung	308
(a) Bedarfsabhängiger Betreuungsanspruch vom ersten bis dritten Lebensjahr	309
(b) Betreuungsumfang nach bedarfsgerechtem Angebot für Kinder ab drittem Lebensjahr	311
(2) Sekundäransprüche und Bewertung von Zeit bei Nichterfüllung	312
(3) Begünstigung asymmetrischer Erwerbs- und Care-Arbeitsverteilung	315
c) Fazit zur Gestaltung von Erwerbs- und Care- Arbeitszeit	317
4. Fazit und Ausblick zur Sicherung eines zeitlichen Existenzminimums	318
a) Fazit: Sicherung eines zeitlichen Existenzminimums <i>de lege lata</i>	318
b) Ausblick: Erwerbs- und Care-Arbeitsgestaltung <i>de lege ferenda</i>	320
aa) Orientierung der Gesamtarbeitszeit an bisheriger Höchstarbeitszeit	321
bb) Mögliche Anpassung des Anspruchs auf Kinderbetreuung	322
cc) Reduktion von Vollzeit – „Teilzeit für alle“	323
E. Gesamtfazit	325
F. Gesamtargumentationsverlauf in Thesen	329
G. Literaturverzeichnis	345